Wirtschaft.Standort.Kommunen

Wirtschaftspolitische Agenda zu den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen am 14. September 2025

www.unternehmer.nrw

Düsseldorf, 16. Juni 2025

unternehmer nrw
Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen e.V.

I. Kommunalwahlen NRW 2025 – Weichen stellen auf Wachstumskurs

Für uns ist klar: Die politischen Weichen hin zu Wachstum, Beschäftigung und Innovation werden nicht ausschließlich in Brüssel, Berlin oder Düsseldorf gestellt. Sie werden ebenso in den Rat- und Kreishäusern von **A**achen bis **Z**ülpich gestellt. Kommunen können und müssen ihren Beitrag leisten, dass wir die schwierige wirtschaftliche Lage hinter uns lassen, zu einem echten Aufbruch kommen und wieder optimistisch in die Zukunft blicken können.

Kommunen stärken Wirtschaft

Wie schnell wird der Anbau für eine Betriebserweiterung genehmigt? Wie hoch ist die Steuerlast? Finden Beschäftigte einen Kita-Platz für ihre Kinder? Ist das Unternehmen für Kunden gut erreichbar? Gibt es attraktiven Wohnraum für die Beschäftigten? Diese und weitere Fragen sind für Betriebe hochrelevant. Von der Antwort hängt ab, ob sie erfolgreich wirtschaften, ob sie starke Betriebe sein können. Und diese Fragen sind mit ausschlaggebend für betriebliche Standortentscheidungen.

Über die Antwort auf diese Fragen entscheiden maßgeblich die Kommunen. Sie investieren in Kinderbetreuung, verantworten Verkehrsplanung vor Ort, gestaltet die kommunale Verwaltung und entscheiden über Gewerbesteuerhebesätze. Und es gibt noch viele weitere Handlungsfelder, in denen Kommunen die Rahmenbedingungen für Betriebe setzen.

Kurz gesagt: Kommunalpolitik ist ganz unmittelbare Standortpolitik.

Wirtschaft stärkt Kommunen

Und auch das Umgekehrte gilt: Die Attraktivität einer Kommune hängt wesentlich davon ab, wie stark die Wirtschaft vor Ort ist. Steuereinnahmen sowie Ausbildungs- und Arbeitsplätze sind wohl die direktesten, bekanntesten Merkmale dafür. Hinzu kommt oft noch ein breites gesellschaftliches Engagement, das vielfältige Facetten hat: vom Sponsoring für lokale Sport- oder Kulturvereine über gemeinsame Projekte mit Kitas oder Schulen bis hin zur Unterstützung für verschiedene wohltätige Zwecke.

Und eines ist gerade hier in Nordrhein-Westfalen bemerkenswert: Erfolgreiches Wirtschaften findet nicht ausschließlich in den Ballungszentren an Rhein und Ruhr statt. Auch und gerade die ländlichen Regionen Süd- und Ostwestfalens und des Münsterlands sind geprägt von erfolgreichen, innovativen Unternehmen. Hier sitzt sogar die Mehrheit der zahlreichen Hidden-Champions, die zentrales Rückgrat für unseren wirtschaftlichen Erfolg und auch für starke Kommunen bilden.

Kurz gesagt: Eine starke Wirtschaft ist eine zentrale Voraussetzung für lebenswerte Kommunen in allen Regionen unseres Landes.

II: 12 Punkte für eine starke Wirtschaft in starken Kommunen

Kommunen können wichtige Weichen stellen, um ihren Wirtschaftsstandort vor Ort attraktiv und stark zu machen. Die folgenden 12 Punkte zeigen, welche Weichenstellungen aus Sicht der nordrhein-westfälischen Wirtschaft besonders wichtig sind – für eine starke Wirtschaft in starken Kommunen:

1. Steuern und Haushalt

Für Investitionsentscheidungen von Unternehmen hat die Höhe der Steuerlast eine enorme Bedeutung. Dabei kommt es auch auf die Kommunen an. Die Mehrzahl der nordrhein-westfälischen Kommunen hat allerdings nach wie vor überdurchschnittlich hohe Gewerbesteuerhebesätze. Um den Standort attraktiver zu machen, müssen diese dringend gesenkt werden. Bei der Grundsteuer darf die Möglichkeit zur Festsetzung differenzierter Hebesätze nicht zu Zusatzbelastungen und damit Wettbewerbsnachteilen der Unternehmen führen. Auch von anderen zusätzlichen Belastungen – etwa in Form von kommunalen Betten- oder Verpackungssteuern – ist abzusehen. Vielmehr sollten Kommunen ihre Finanzkraft mit einer ansiedlungs- und gewerbefreundlichen Politik nachhaltig stärken. Gleichzeitig gilt es, verantwortungsvoll zu haushalten, d.h. möglichst ohne neue Schulden auszukommen und so Spielräume für Zukunftsinvestitionen zu eröffnen.

2. Verwaltung und Planungs- und Genehmigungsverfahren

Kommunales Verwaltungshandeln muss schnell, unkompliziert und lösungsorientiert sein. Dafür müssen Abläufe optimiert, transparenter gestaltet und Zuständigkeiten auch gebündelt (One-Stopp-Agency) werden. Die Digitalisierung bietet hier große Chancen, die endlich genutzt werden müssen. Auf dem Weg hin zu einem umfassenden eGovernment braucht es deutlich mehr Tempo. Medienbruchfreie Online-Dienste sollten selbstverständlich werden. Im Ergebnis müssen auch Planungs- und Genehmigungsverfahren schneller werden. Kommunen können dazu auch einen Beitrag leisten, indem sie Personaleinsatz gezielt auf beschleunigungsrelevante Bereiche ausrichten und Vereinfachungsmöglichkeiten ausschöpfen. Ermessensspielräume sollten im Sinne des Handelns, nicht des Verzögern ausgefüllt werden – mehr Pragmatismus, weniger Rundumabsicherung. Wo immer es möglich ist, sollte parallel und nicht nacheinander an Verfahren gearbeitet werden, Doppelprüfungen müssen ersatzlos gestrichen werden.

3. Digitalisierung

Eine erfolgreiche Digitalisierung braucht eine leistungsfähige Infrastruktur. Es muss sichergestellt sein, dass weder mobiles Arbeiten noch neue digitale Anwendungen in der Industrie an langsamen und unzuverlässigen Internetanschlüssen scheitern. Das ist in der Fläche auch heute noch zu oft Realität. Insbesondere müssen Industrie- und Gewerbegebiete zeitnah flächendeckend den Sprung ins Gigabit-Zeitalter schaffen. Ländliche Räume, in denen die weißen Flecken vorrangig zu finden sind, dürfen nicht länger abgehängt

bleiben. Hinzu kommt: Digitalisierung bietet auf kommunaler Ebene viele Anwendungsmöglichkeiten, die das Leben für die Bürger und das Wirtschaften für die Betriebe vor Ort erleichtern und unterstützen. Wichtig ist beispielsweise, mit Smart-Mobility neue Verkehrs- und Mobilitätslösungen auf den Weg zu bringen. Hinzu kommen Themen wie Energie-, Wertstoff- und Abwassermanagement.

4. Verkehr

Betriebe brauchen eine moderne, leistungsstarke, trägerübergreifende und vielseitige Verkehrsinfrastruktur, um für Kunden und Mitarbeiter erreichbar zu sein und einen reibungslosen Warenverkehr gewährleisten zu können. Eine umfassende und schnelle Sanierung der Verkehrsinfrastruktur mit einem besonderen Augenmerk auf Brücken und Tunnel in kommunaler Zuständigkeit ist dringend erforderlich. Wo es notwendig ist, muss auch ein zielgerichteter Ausbau erfolgen. Wichtig in der Umsetzung sind ein kluges Baustellenmanagement sowie eine vorausschauende Instandhaltung zur Vermeidung längerer Ausfälle. Entscheidend ist zudem der zügige Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität, eine nachfrageorientierte ÖPNV-Taktung auch für die Bedürfnisse von Arbeitnehmern sowie eine gute Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger. Sicherzustellen ist die Erreichbarkeit von Innenstädten etwa für den Lieferverkehr und ihre Nutzbarkeit durch Parkmöglichkeiten.

5. Energie

Ohne massive Anstrengungen auch der Kommunen wird der Wandel zu Erneuerbaren Energien und die Sicherstellung einer verlässlichen wie bezahlbaren Energieversorgung nicht gelingen. Dafür braucht es vor Ort die Genehmigung und den Bau der notwendigen Infrastruktur. Dies reicht vom Ausbau von Stromnetzen über den Bau von Pipelines sowie die Realisierung von Speichern, Großwärmepumpen und Power-to-X-Anlagen bis hin zu den Ladesäulen für E-Mobilität. Für den Umbau der Wärmeversorgung braucht es eine kommunale Wärmeplanung, die Verlässlichkeit schafft und die besonderen Bedürfnisse von Gewerbe und Industrie (insbesondere Wärmeprozesse) berücksichtigt. Das bestehende Gasverteilnetz gilt es in der Fläche zu erhalten und für alternative Energieträger aufzurüsten, damit auch in Zukunft der industrielle Wärmebedarf jenseits des Wasserstoffkernnetzes gedeckt werden kann.

6. Wohnen

Die Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum wird immer mehr zu einem Standortfaktor für Arbeits- und Fachkräfte. Es fehlt vielerorts an ausreichend Wohnraum insbesondere für Berufseinsteiger und Familien. Kommunen können hier einiges tun. Sie müssen alle Möglichkeiten nutzen, das Angebot zu verbreitern, etwa indem sie ausreichend Flächen für Wohnungsbau anbieten und für schnellere Genehmigungsverfahren sorgen. Strikte dirigistische Maßnahmen, die Investitionen hemmen und damit kontraproduktiv wirken, sind hingegen abzulehnen. Kommunale Angebote für Azubi-Wohnen sollten ausgebaut werden.

7. Flächen

Wirtschaftliches Handeln braucht Fläche. Eine betriebliche Neuansiedlung oder Erweiterung darf nicht an einer verschleppten Flächenplanung scheitern. Deshalb ist entscheidend, dass Kommunen ihr Flächenangebot und -management strategisch weiterentwickeln. Dazu gehört auch ein Konzept für Klimaresilienz – das gilt sowohl für Flächen als auch für die gesamte Infrastruktur. Zudem braucht es für viele Aufgaben Rohstoffe, z.B. für den Wohnungs- und Infrastrukturausbau. Die heimische Rohstoffgewinnung muss daher weiterhin möglich bleiben – sie sichert die Versorgung mit den nötigen Materialien, vermeidet lange Transportwege und reduziert zudem Abhängigkeiten vom Ausland.

8. Kitas

Starke Kitas sind in zweierlei Hinsicht wichtig: Frühe Förderung verbessert die Startchancen der Kinder und ermöglicht Eltern eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Noch fehlen aber in zu vielen Kommunen zu viele Plätze. Dies stellt Eltern und auch Betriebe vor massive Probleme. Der Ausbau des Kita-Angebots muss daher deutlich beschleunigt und alle Potenziale ausgeschöpft werden. Dazu gehört eine gute Gesamtplanung vor Ort, auch mit Blick auf die Bereitstellung von Flächen und geeignete Räumlichkeiten. Überdies müssen Kooperationen z.B. zwischen Kitas und Grundschulen oder privaten Betreuungskräften gestärkt und damit die vorhandenen Ressourcen viel effizienter genutzt werden. Auch gilt es, rechtliche Spielräume etwa für die Betreuung in Randzeiten oder den Einsatz von Ergänzungskräften tatsächlich auszuschöpfen. Der qualitative und quantitative Ausbau des Angebots muss klar Vorrang haben vor Beitragsfreiheit.

9. Schulen und Übergang Schule/Beruf

Sanierungsbedürftige Schulen müssen in allen Schulformen endlich der Vergangenheit angehören. Dies gilt ausdrücklich auch für die Berufsschulen – die Partner der Betriebe in der dualen Ausbildung. Die Kommunen als Schulträger müssen auch sicherstellen, dass alle Schulen über die für die Digitalisierung erforderliche Infrastruktur verfügen – beginnend bei einem Glasfaseranschluss über ein leistungsfähiges WLAN bis hin zu einem verlässlichen IT-Support vor Ort. Der qualitative und quantitative Ausbau des Ganztags muss ebenfalls beschleunigt und die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen OGS-Platz ab 2026/27 verlässlich eingehalten werden. Hierbei sind auch neue kreative Wege zu gehen, etwa flexible Konzepte bei der Nutzung von Räumen und Ausstattung sowie Partnerschaften mit Externen, auch aus der Wirtschaft. Für den Übergang von der Schule in den Beruf muss eine verlässliche Begleitung und Unterstützung sichergestellt sein. Flächendeckend in Nordrhein-Westfalen sollte es Jugendberufsagenturen geben mit einem echten Angebot aus einer Hand.

10. Arbeitsmarkt und Fachkräftesicherung

Als Träger der Grundsicherung muss es Ziel der Kommunen sein, Langzeitarbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Wichtig dafür: Konsequentes Fördern und Fordern, systematisches Profiling, Abbau von Vermittlungshemmnissen, enge Zusammenar-

beit mit der Wirtschaft. Ein Ausbau des öffentlich-geförderten Arbeitsmarktes wäre hierbei kontraproduktiv. Er verdrängt nicht nur reguläre Beschäftigung, obendrein drohen Teilnehmer hierin zu verharren. Damit qualifizierte Zuwanderung ein erfolgreicher Baustein der Fachkräftesicherung werden kann, braucht es eine Willkommenskultur auf allen Ebenen der Verwaltung: gleichermaßen für Betriebe wie für zuwandernde Fachkräfte bei ihren kommunalen Anliegen. Auch die Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte muss gestärkt werden – ein wirksames kommunales Integrationsmanagement ist dafür zentral.

11. Interkommunale Zusammenarbeit

Mehr und engere Kooperationen zwischen den Kommunen sind in nahezu allen Bereichen erforderlich. Kirchturmdenken war noch nie zeitgemäß – heute erst recht nicht. Kooperationen tragen dazu bei, dass nicht jede Kommune bei Null anfangen und nicht alles allein machen muss. Dies gilt insbesondere beim eGovernment, wo einheitliche Anwendungen nicht nur für Synergien bei den Anbietern sorgen, sondern vor allem für die Nutzer einfacher sind und Schnittstellenprobleme bei überregionaler Nutzung vermeiden. Interkommunale Zusammenarbeit macht kommunales Handeln deutlich effizienter, kann Kosten reduzieren und Verfahren beschleunigen.

12. Kooperation mit der Wirtschaft

Wirtschaft ist Partner der Kommunen und unterstützt die Kommunalpolitik bei ihren Anstrengungen, die Gemeinden und Landkreise lebenswert zu entwickeln. Sie ist Ansprechpartner bei allen Wirtschaftsfragen. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Kommunalpolitik und -verwaltung, Wirtschaftsförderung auf der einen sowie Wirtschaft auf der anderen Seite trägt dazu bei, Bedarfe frühzeitig zu erkennen und passgenaue Lösungen zu finden. Wirtschaftliches Handeln vor Ort muss immer häufiger um gesellschaftliche Akzeptanz ringen. Zu dieser Akzeptanz beitragen kann wesentlich auch die Kommune, etwa durch einen transparenten und bürgernahen Dialog.

III. Gute Rahmenbedingungen für Kommunen

Bei allen Forderungen an die Kommunalpolitik - klar ist für uns auch, dass Kommunen nicht alles allein stemmen können. Nicht alles liegt in ihrer Hand. EU, Bund und das Land Nordrhein-Westfalen setzen vielfach den Rahmen, der kommunales Handeln bestimmt. Allerdings gilt gleichzeitig auch: Etwaige Versäumnisse anderer Ebenen dürfen nicht als Entschuldigung für mangelnde eigene Anstrengungen vor Ort dienen.

Richtigen Rahmen setzen

Bund und Land müssen Kommunen unterstützen und richtige Rahmenbedingungen setzen. Dazu gehört auch, dass politische Entscheidungen nicht einfach auf die Kommunen abgewälzt werden dürfen. Das heißt nicht nur, aber auch: Kommunen müssen ihre Auf-

gaben auch finanziell stemmen können. Auch sollten die Belange der Kommunen mitgedacht, sie frühzeitig in Vorhaben einbezogen werden. Bei Gesetzen gilt es konsequent zu beachten, dass die Umsetzung vor Ort auch tatsächlich möglichst bürokratiearm erfolgen kann. Hinzu kommt eine gute Kooperation von Behörden auf verschiedenen Ebenen etwa bei Flächen- oder Infrastrukturprojekten. Förderprogramme gilt es so auszugestalten, dass sie unkompliziert und schnell genutzt werden können und in der Verwaltung möglichst wenig personelle Ressourcen binden.

Angemessene Finanzausstattung sicherstellen

Die Sicherstellung einer angemessenen Finanzausstattung der Kommunen durch Bund und Land sowie die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips bleiben eine Daueraufgabe. Neue Aufgaben müssen mit den dafür erforderlichen Ressourcen einher gehen. Bund und Land sind gleichzeitig gefordert, gemeinsam und zügig die Entlastung strukturell überschuldeter Kommunen umzusetzen. Das Land hat hierzu bereits einen Gesetzgebungsprozess auf den Weg gebracht, im Bund sieht der Koalitionsvertrag die Beteiligung des Bundes an Maßnahmen der Länder vor. Sicherzustellen ist, dass für die Kommunen tatsächlich nachhaltige Handlungsfähigkeit eröffnet und gleichzeitig Fehlanreize vermieden werden. Es gilt: Kommunen bleiben in erster Linie selbst für ihre Finanzen verantwortlich.

Sondervermögen Infrastruktur nutzen

Aktuell bietet das Sondervermögen Infrastruktur große Chancen auch und gerade für die nordrhein-westfälischen Kommunen. Angesichts des hierzulande großen Sanierungsstaus muss bei der bundesweiten Verteilung der Mittel aus dem Sondervermögen der Bedarf oberster Maßstab sein – nicht etwa die Himmelsrichtung. Bei der konkreten Ausgestaltung und Umsetzung muss sichergestellt werden, dass auch auf kommunaler Ebene echte wirtschaftliche Impulse gesetzt werden können. Zudem sollte die Umsetzung möglichst zügig und bürokratiearm gestaltet werden. Auch gilt es, auf allen Ebenen flankierend Bürokratie zu verringern, da ansonsten die Mittel nicht zügig in konkrete Maßnahmen umgesetzt werden können.

DIE STIMME DER WIRTSCHAFT

Die Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen ist die Spitzenorganisation der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände des größten Bundeslands in Deutschland. Sie vertritt die wirtschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitischen sowie die bildungspolitischen Anliegen von 129 Mitgliedsverbänden mit 80.000 Mitgliedsbetrieben und 3 Millionen Beschäftigten.

Diskutieren Sie mit:

www.wirtschaftsblog.nrw

Der NRW-Wirtschaftsblog
Klartext im Westen

unternehmer.nrw/newsroom/podcast

Impressum

Herausgeber:
unternehmer nrw – Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen e.V.
Uerdinger Straße 58-62
40474 Düsseldorf

info@unternehmer.nrw
www.unternehmer.nrw

Düsseldorf, Juni 2025

unternehmer nrw
Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen e.V.